

**Haushaltsrede 2010-12-16
im Rat der Stadt Ronnenberg**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die globale Finanzmarktkrise lastet über den globalen und nationalen Finanzmärkten und wirkt sich zunehmend auch massiv auf die regionale Wirtschaft und die kommunalen Haushalte aus.

Die bisherige Wachstumsideologie unseres Wirtschaftssystems hat einen deutlichen Dämpfer erhalten. Immer höher, immer mehr, ohne Nachhaltigkeit, so kann gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben auf Dauer nicht funktionieren und schon gar nicht mehr so wie seit Jahren, Jahrzehnten.

Gleichzeitig verschärfen sich die umweltpolitischen Probleme unseres Erdballs dramatisch und werden zusammen mit dem Problem der nicht geklärten Energiefrage immer mehr zu zentralen Herausforderungen auch kommunaler Politik. Es gibt jedoch Antworten auf diese Herausforderungen, Antworten, die diesem System zuwiderlaufen. Aber gerade deshalb wird lieber ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz aufgelegt.

Die uns bedrohende Klimakatastrophe – ich wähle bewusst das Wort „Katastrophe“ - sowie die Krise der internationalen Finanzmärkte zeigen, dass die Art und Weise, wie wir wirtschaften, wie wir den Wohlstand verteilen, wie wir uns ernähren und fortbewegen, nicht zukunftsfähig ist.

Doch all diese Probleme dürfen nicht dazu führen, dass uns lähmende Passivität ergreift – das Studium des Haushaltsentwurfes 2010 brachte uns ein ums andere Mal durchaus an diese Grenze.

Vielmehr muss jetzt nachgedacht werden, muss die Zeit genutzt werden, um Neues zu denken und auf den Weg zu bringen. Lokales, dezentrales, an regionalen Wirtschaftskreisläufen orientiertes Handeln – als ein Beispiel - ist mehr denn je gefragt.

Globales Denken - lokales Handeln, das ist der Grundsatz, der

unser politisches Tun bestimmen muss.

Die Städte und Gemeinden sind von der Wirtschaftskrise besonders getroffen. Im Vergleich zu Bund und Ländern tragen die Kommunen die größeren Verluste der drastischen Einbrüche bei den Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben der Sozialleistungen. Hier bei uns in den Kommunen spielt die „Musik“ der gesellschaftlichen und sozialen Daseinsvorsorge – doch genau mit dem jetzt geplanten Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden die Kommunen mitten in der Krise zusätzlich geschwächt. Wie soll eine Diskussion um künftige Schwerpunkte der Kommunalpolitik da noch aussehen? Geht es künftig nur noch um die Verwaltung der Finanzmisere?

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag enthält kein Rezept gegen Wirtschafts- und Klimakrise, Finanzmarktekzesse oder gar gegen Armut. Er sorgt mit Steuergeschenken auf Pump für eine weitere Beschleunigung der Staatsverschuldung in schwindelerregende Höhen auf Kosten zukünftiger Generationen.

Der Sachverständigenrat bescheinigt in seinem Jahresgutachten der Bundesregierung, dass diese die Zukunft des Landes aufs Spiel setze. Statt Mittel in innovationsfähige Projekte oder Bildung zu investieren, werden Entlastungen bei Unternehmenssteuern, Erbschaftssteuer und Einkommensteuer in Milliardenhöhen versprochen. Nun ist es ja jeder bzw. jedem durchaus zu gönnen, wenn am Ende des Monats ein bisschen mehr im Geldbeutel bleibt. Wirtschaftlich gesehen ist diese Vorgehensweise äußerst fragwürdig, da in der Regel max. 50 % in den Konsum zurückfließen, der Rest wird gespart, löst also keinen Wachstumsschub aus. Fakt ist, dass der Staat ärmer gemacht wird, um wenige profitieren zu lassen, ein rein ideologischer Ansatz.

Einnahmeausfälle aufgrund von Steuererleichterungen, Konjunkturpaket I und II, sinkende Steuereinnahmen bei Gewerbe- und Einkommensteuer, unterfinanzierter KITA-Ausbau und höhere Ausgaben durch Sozialausgaben - am Ende stehen Landkreise, Regionen und Kommunen.

Mittelfristig wirken sich auch die reduzierten Steuereinnahmen der Länder aus, da der Verteilungsspielraum für die kommunalen

Finanzausgleiche noch enger wird. Mit nachhaltiger Wirtschafts- und Finanzpolitik hat das alles nichts mehr zu tun.

Was heißt das für Ronnenberg?

Mit einem Schuldenstand von 38,7 Mill. € steht Ronnenberg an 17. Position der 20 Umlandgemeinden. Lediglich Neustadt, Laatzen und Seelze weisen eine höhere Schuldenlast auf. Die Berechnung der Schulden/pro EinwohnerIn sieht noch schlechter aus: mit 1.650 €/pro Kopf steht Ronnenberg an 19. Position. Lediglich Seelze hat eine noch wesentlich höhere Pro-Kopf-Verschuldung.

Das Haushaltsdefizit im Ergebnishaushalt beträgt 5.409 Mill. €.

An diesem Zahlenwerk waren über einige Jahre hinweg u.a. beteiligt der Rückgang in der Gewerbe- und Einkommenssteuer-einnahme, Erhöhung der Regionsumlage, gesetzliche Verpflichtungen zur Übernahme neuer Aufgaben, die natürlich Geld kosten (z.B. Krippenausbau).

Die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen, u. a. das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, manifestieren diesen Zustand und werden zu einer enormen Verschlechterung der Haushaltslage führen. Der Handlungsspielraum der Kommune ist faktisch gleich Null.

Der Haushaltsentwurf 2010 ist demzufolge auf Kante genäht. Es gibt kaum nennenswerte Einsparmöglichkeiten. Neue Schulden müssen aufgenommen werden - wenn schon, dann aber in nachhaltige Investitionen wie den Neubau an der MCS.

An dieser Stelle möchten wir uns für die weitere Optimierung der Darstellung und die sehr gute Vorbereitung auf den Haushalt in Form einer Informationsveranstaltung bedanken. Der Dank gilt Ihnen, die hier sitzen und allen, die für uns unsichtbar ihren Beitrag zum Haushaltsentwurf leisteten.

Was ist aus Grüner Sicht zum Haushalt anzumerken?

- Klimaschutzaktionsprogramm

Obwohl das Klimaschutzaktionsprogramm uns noch nicht vorliegt, planen wir schon – und das ist nicht nur gut, sondern äußerst vernünftig - an der Umsetzung der einen oder anderen Maßnahme.

Das Modernisierungskonzept für die Straßenbeleuchtung berücksichtigt neue Entwicklungen. Neue Technik mit ihren energiesparenden Effekten muss so schnell und so umfassend wie möglich umgesetzt werden, damit der Einspareffekt sofort einsetzt. Aber das wurde uns ja auch zugesagt.

- In verschiedenen Gebäuden wird die Heizung erneuert, ersetzt durch BHKWs, dem von drei Fraktionen getragenen Antrag zur Einrichtung eines Solarkatasters wurde als ein Teil des Klimaschutzprogrammes zugestimmt. Somit wird eine Grundlage zur Stromgewinnung über Photovoltaikanlagen gelegt. Jede Hausbesitzerin/jeder Hausbesitzer kann mit Unterstützung der Stadtverwaltung ihr/sein Hausdach auf Tauglichkeit für eine Photovoltaikanlage überprüfen lassen. Eigentümerinnen/Eigentümer größerer Dachflächen können, falls sie ihre Flächen nicht für eigene Photovoltaikanlagen nutzen, diese Dritten zur Verfügung stellen.

- **Neubau MCS**

Die energetische Sanierung von städtischen Gebäuden und Sporthäusern ist eine Investition in die Zukunft. Gerade der Neubau in Teilen der MCS zeigt, dass erstens es wichtig ist, im Abschwung nicht nur zu sparen, und zweitens wenn Ausgaben, dann in nachhaltige Zukunftsinvestitionen. Und wir von Bündnis 90/Die Grünen halten es für richtig, Geld in die Hand zu nehmen und in die Qualität, die energetische Optimierung und in die Nachhaltigkeit zu investieren. Eine Ratsperiode dauert 5 Jahre, unsere Entscheidungen müssen einen längeren Zeitraum halten.

- **Berliner Straße**

Wenn wir einmal davon absehen, dass bei einer Verlängerung der Berliner Straße um knapp 300 m Verkehr lediglich verlagert wird, wenn wir einmal davon absehen, dass unter Klimaschutz-

gesichtspunkten unser Hauptaugenmerk auf dem Öffentlichen Personennahverkehr liegen muss, wenn wir von weiteren Argumenten gegen diese Straßenverlängerung mal absehen, so bleibt der Preis für 300 m Straße in Höhe von z. Zt. einer knappen Millionen EURO (bis 2012). Diese Summe muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen in Anbetracht der Haushaltslage – nicht nur in Ronnenberg, denn ein Drittel wird vom Land über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz/GVFG gefördert, Steuergelder, die durchaus sinnvollen Projekten zu Gute kommen können. Und das Argument, dass sonst die ganzen Fördermittel des Landes entfallen, wenn wir diesem Vorhaben abschwören, zeigt, dass wir vom „Global denken, lokal handeln“, und sei das Globale nur in niedersächsischen Grenzen, weit entfernt sind. Bündnis 90 /Die Grünen will diese Verlängerung nicht. Investitionen z. B. in Schulen oder dem ÖPNV sind wichtigere Infrastrukturmaßnahmen als neue Straßen für Autos.

- Straßenbau

Im nächsten Jahr sind Deckenüberzüge für viele Straßen geplant. Jede Straße muss dann auf jeden Fall daraufhin überprüft werden, welche Variante – vom Löcher stopfen bis zur Erneuerung mit Anliegerbeteiligung - angemessen ist. Die dem Rat dann vorliegenden Drucksachen müssen die Varianten mit ihrer Bewertung klar vermitteln. Eine gute Grundlage ist hierfür das in 2007 verabschiedete Straßenausbauprogramm, das eine Orientierung gibt. Jedoch müssen wir in Anbetracht der Haushaltslage auch hier Entscheidungen mit Augenmaß treffen.

- Interkommunale Zusammenarbeit

Nicht jede Kommune wird alles leisten, alles bieten können. Hier kann die **interkommunale Zusammenarbeit**

mit dem Ziel, sowohl die gemeinsame Nutzung von Anschaffungen und Dienstleistungen als auch Absprachen z. B. bei Gewerbe- und Baugebieten, Sportstätten und Beschaffungen helfen, sinnvolle Lösungen in finanzieller oder auch organisatorischer Hinsicht zu finden. Ronnenberg ist da auf einem guten Weg und sollte sich nicht durch Rückschläge davon abbringen lassen, das eine oder andere interkommunal zu regeln.

- Bestandsaufnahme „Ältere Menschen in Ronnenberg“

Bei der geplanten Bestandsaufnahme „Ältere Menschen in Ronnenberg“ ist es gut, dass die Ergebnisse einer entsprechenden Untersuchung der Region abgewartet werden. Anhand dieses Beispiels wird deutlich, dass es sinnvoll ist, geplanten Vorhaben mögliche – zukünftige - Synergieeffekte zu berücksichtigen.

- Ganztagsgrundschule

Von der SPD wurde die Ganztagsgrundschule als das Hauptthema ihrer Haushaltsberatung angekündigt. Wir haben dies der Tageszeitung entnommen und vergeblich auf Konkretisierungen gewartet. Wir sind auch für die Ganztagsgrundschule – da sind wir auf Ihrer Seite. Jedoch ist die Ganztagsgrundschule kein Sparprojekt. Und: Auf den Inhalt kommt es an. Auch hier müssen wir auf Qualität achten und können nicht auf die fachlich sehr gute Arbeit der Horte verzichten, sondern es müssen Lösungen gefunden werden, die diesen Schatz an Erfahrungen und guter Arbeit in das Konzept integrieren. Für die Umsetzung müssen wir Geld anfassen. Wir wollen keine Ganztagsgrundschule light, dann lieber keine – Kompromisse sind besonders in der Bildung faule Kompromisse.

Bildungspolitik ist bekanntlich Landessache und da sind wir in Ronnenberg allerdings auf die Unterstützung des Landes Niedersachsen angewiesen – und da sehe ich allerdings Schwarz.

- Krippenplätze - Tagespflege

Die zügige Schaffung weiterer Krippenplätze und bedarfsgerechter Hortangebote ist unabdingbar. Bei der Kinderbetreuung hat für GRÜNE eine qualitativ hochwertige Betreuung in KITAs Vorrang vor der Bezuschussung von Tagespflege. Das Konstrukt mit der Tagespflege kommt ja zum Einsatz, weil es nicht genügend Plätze in KITAs gibt.

Es gibt nämlich nicht wenige Eltern, die händeringend nach einem Krippenplatz suchen. Da sind Eltern, die beide berufstätig sein wollen oder müssen. Da sind Alleinerziehende, die auf diese Angebote warten und auf sie angewiesen sind. Viele Eltern möchten gerne die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leben.

Gleichzeitig ist ihnen eine gute Betreuung im Sinne des Bildungsauftrages wichtig. Hierzu bedarf es eines massiven Ausbaus an qualitativ hochwertigen Krippenplätzen mit einer größeren Flexibilität der Betreuungszeiten.

Anträge zum Haushalt:

Verwaltungsstruktur (Antrag HSK), gemeinsam mit CDU & FDP
Sitzungsgelder streichen, gemeinsam mit CDU & FDP

Wir stimmen dem Haushalt 2010 zu, unabhängig vom Ergebnis der Abstimmung zu den o.g. Anträgen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort!